



PRESSEMITTEILUNG 09-12-2022

**DIE EUROPÄISCHE UNION PRÜFT UNSERE STRAFANZEIGE
GEGEN DIE SPANISCHE REGIERUNG**

Das Bündnis Denunciantes del Autoritarismo Judicial hat beim Obersten Gerichtshof Spaniens die Registrierung der Klage gegen die Regierungen Sanchez (2018-2022) eingereicht.

Am 11. November 2022 prangerte das Bündnis die Regierungen Sanchez (2018-2022) an, weil sie dem spanischen Volk und den finanziellen Interessen der Europäischen Union und aller ihrer Mitgliedsländer schaden.

Diese Beschwerde wurde in derselben E-Mail an den Obersten Gerichtshof Spaniens und an die Europäische Kommission gesandt, mit einer sichtbaren Kopie an die Mitglieder mehrerer Wirtschaftsausschüsse des Kongresses.

In der E-Mail an den spanischen Obersten Gerichtshof vom 28. November 2022 heißt es: "Ohne eine Benachrichtigung vom Obersten Gerichtshof erhalten zu haben, leiten wir heute (28.11.2022) die E-Mail vom 25.11.2022 weiter, in der uns mitgeteilt wird, dass unsere Beschwerde unter der Nummer Ares(2022)8174536 zur Bearbeitung im Referat F.3 - Wirtschaft der Mitgliedstaaten I (Kroatien, Spanien) der Generaldirektion Wirtschaft und Finanzen der Europäischen Kommission registriert wurde", und bitten darum, dieses Schreiben dem Verfahren beizufügen, in dem die Beschwerde bearbeitet wird.

Uns ist nicht bekannt, ob eine der Regierungen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor dem Obersten Gerichtshof als Geschädigte aufgetreten ist. Die Allianz hat mehrere Regierungen informiert, und darüber hinaus wird der Oberste Gerichtshof in der Beschwerde aufgefordert, ihnen die Möglichkeit zu geben, vor Gericht zu erscheinen.

Dies ist das erste Mal, dass ein Wirtschaftsreferat der Europäischen Kommission eine Beschwerde gegen einen Staat bearbeitet hat, was die Ausnahmesituation, in der sich Spanien und die Europäische Union befinden, sowie unseren Erfolg unterstreicht.

In Anbetracht der heiklen Lage der spanischen Wirtschaft, der absoluten Missachtung der Rechtmäßigkeit der Regierung, die in dieser Klage beklagt wird, des Risikos des Verschwindens des Euro und des Zerfalls der Europäischen Union sowie der Tatsache,

09.12.2022

dass Spanien ab dem 1. Juli 2023 den Vorsitz im Rat der Europäischen Union innehaben wird, muss der Oberste Gerichtshof oder die Europäische Kommission vorgezogene Parlamentswahlen erzwingen, um zu verhindern, dass Sanchez zu diesem europäischen Präsidenten gewählt wird.

Mit diesem Schriftsatz wird der Oberste Gerichtshof unter Druck gesetzt, sich an die strengste Rechtmäßigkeit zu halten, nicht nur, weil in beispielloser Weise der Schaden für die "finanziellen Interessen der EU" beurteilt wird, sondern auch, weil mehrere europäische Institutionen und andere Mitglieder der Europäischen Union die Verfahrensentwicklung beobachten werden.

Wir üben auch Druck auf die spanischen Staatsanwälte der Europäischen Staatsanwaltschaft aus, die die ausschließliche institutionelle Zuständigkeit für die Untersuchung des Sachverhalts haben, wohl wissend, dass die Europäische Kommission und das Europäische Parlament über die Beschwerde genau Bescheid wissen. Besonderen Druck werden wir auf María Concepción Sabadell Carnicero, die Delegierte Staatsanwältin der Europäischen Staatsanwaltschaft in Spanien, ausüben, die von der Allianz wegen der Vertuschung von drei Anzeigen gegen Beamte aus dem Jahr 2021 angeprangert wurde.

Seit 2021 hat die Europäische Kommission weitere Beschwerden der Allianz unbearbeitet gelassen.

Die Whistleblower sind besonders besorgt über das geringe Bewusstsein der Spanier, dass das Einzige, was sie vor einem totalitären, korrupten und dekadenten Regime schützen kann, die strikte Einhaltung der Gesetze durch die öffentlichen Behörden, insbesondere durch Parlamentarier, die Regierung und Richter, ist.

www.contraautoritarismojudicial.org